

Aus der Landesgeschäftsstelle

<u>Flüchtlinge starten in Ausbildung zur Pflegefachkraft</u> Pilotprojekt von Diakonischem Werk, Samariterstiftung, Welcome Center	S. 1
<u>Frauen auf der Flucht oft Opfer von Gewalt oder Menschenhandel</u> Diakonie zum Internationalen Tag gegen Menschenhandel (30. Juli 2016)	S. 3
<u>Faire Bezahlung sichert Qualität in der Pflege</u> Bündnis von Caritas, Diakonie und Ver.di in Baden-Württemberg mit DRK	S. 5
<u>„Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg 2016“</u> Caritas, Diakonie und Wirtschaftsministerium zeichnen aus	S. 7
<u>Gewinner des Diakonie Journalistenpreises 2016</u> Diakonie zeichnet sozialpolitische Berichterstattung aus	S. 9
<u>Kultusministerium, Diakonie und Caritas zeichnen Werkrealschüler aus</u> Landespreis „Gesundheit und Soziales“ verliehen	S. 11
<u>Arbeitsmarktentwicklung geht an den Arbeitslosen vorbei</u> Eingliederungsmittel fließen in die Verwaltung	S. 13
<u>Das Gute suchen</u> Das Projekt Ethikberatung in der Pflege zieht positive Bilanz	S. 15
<u>Welche Krankenhäuser braucht das Land?</u> Politik spricht sich bei Landestreffen für Trägervielfalt aus	S. 17

Aus den Regionen

<u>Beteiligung von Jugendlichen bei Internationaler Jugendkonferenz</u> Aktive Mitwirkung junger Flüchtlinge von der Diakonie organisiert	S. 19
<u>Das eigene schädliche Trinkverhalten steuern</u> 90 Freundeskreisleiter über neue Modelle zum Umgang mit Alkohol	S. 20
<u>Seit 125 Jahren aktiv für Menschen. Leben. Würde.</u> Erlacher Höhe feiert Jubiläum	S. 21
<u>Interkulturelle Kompetenz gehört zum Persönlichkeitsprofil</u> Berufsfindungsjahr der Evangelischen Brüdergemeinde Korntal	S. 22

Kurznachrichten S. 26

Personalnachrichten S. 28

Flüchtlinge starten in Ausbildung zur Pflegefachkraft

Zehn Flüchtlinge können im Herbst eine Ausbildung zur Pflegefachkraft bei der Diakonie beginnen. Die Diakonie wolle Menschen, die in Deutschland Schutz und Heimat suchen, eine berufliche Perspektive eröffnen, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Gleichzeitig werde damit dem Mangel an Fachkräften in der Altenpflege begegnet. Bei ihrem vielfältigen Engagement für Flüchtlinge lasse die Diakonie sich leiten von der Aufforderung im 3. Buch Mose, „dass der Fremde bei euch wie ein Einheimischer gilt“.

Stuttgart. Mit dem Modellprojekt ermöglichte die Diakonie in Württemberg den Flüchtlingen Sprachförderung sowie gesellschaftliche und berufliche Integration. Schon die Frage, wie Sprachbarrieren überwunden werden können, um geeignete Interessentinnen und Interessenten ausfindig zu machen, sei ein oft schwieriger Weg gewesen, sagte Kaufmann. Ehrenamtliche in den Arbeitskreisen Asyl konnten geeignete Menschen nennen. Die Sozialbetreuerinnen und Sozialbetreuer in den Gemeinschaftsunterkünften für Flüchtlinge hätten viele Interessenten auf das Projekt aufmerksam gemacht. Sie hätten dabei einen guten Blick dafür gehabt, wer sich für einen Sozialberuf eignet und auch die besonderen Interessen mitbringt, die für die Arbeit in der Altenpflege nötig sind. „Sehr dankbar bin ich auch für die gute Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen in den Landkreisen sowie den entsprechenden Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit und der Job Center“, sagt Kaufmann.

Frank Wößner, Vorstandsvorsitzender der Samariterstiftung, freut sich, nach einem langen Auswahlprozess sieben geflüchteten Menschen einen Ausbildungsvertrag für die Altenpflege überreichen zu können. „Dass zwei Personen bereits erfolgreich die Altenpflegeausbildung begonnen haben und sieben weitere dies im Herbst tun werden, zeigt, wie Integration von geflüchteten Menschen in den deutschen Ausbildungsmarkt gelingen kann.“ Geflüchtete Menschen nicht nur in Ausbildung zu bringen, sondern auch während ihrer Ausbildung gut zu begleiten, „sehe ich als unseren diakonischen Auftrag“.

Die Altersspanne der künftigen Auszubildenden reicht von Anfang 20 bis Anfang 40. Sie haben unterschiedliche Lebenserfahrungen und Prägungen. Zum Teil haben sie eine lange und gefährliche Flucht auf sich genommen. Sie suchen in Deutschland ein neues Leben in politischer und wirtschaftlicher Freiheit und wollen sich in einem sicheren Umfeld eine eigene Existenz aufbauen. Ein Pilotprojekt von Diakonischem Werk Württemberg, Samariterstiftung und Welcome Center hat sie dafür qualifiziert.

In einem Auswahlverfahren haben sie das Berufsbild der Altenpflegerin/des Altenpflegers kennengelernt. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwerben in diesem Prozess das Sprachniveau A2. Drei aus diesem Kreis errei-

chen sogar das Niveau B2. Sie können damit im Herbst die reguläre dreijährige Ausbildung beginnen.

Kaufmann ist mit dem Ergebnis zufrieden. „Ich freue mich, dass wir es als Diakonisches Werk Württemberg zusammen mit der Samariterstiftung Nürtingen und dem Welcome Center Sozialwirtschaft Baden-Württemberg bis hierher geschafft haben – und damit einen wichtigen Beitrag leisten, Menschen, die bei uns Schutz suchen, zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen.“

Kaufmann begrüßt, dass das Integrationsgesetz für Auszubildende und Ausbildungsbetriebe Rechtssicherheit schafft. Auszubildende erhalten für die gesamte Ausbildungszeit eine Duldung. Darüberhinaus besteht die Möglichkeit, im Ausbildungsberuf zu arbeiten. Dafür erhalten sie eine Aufenthaltserlaubnis.

Die Diakonie Württemberg setzt sich für die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen in Notlagen ein, unter anderem für Flüchtlinge und Migranten. Bereits 2015 startete sie ein Modellprojekt zur legalen Arbeitsmigration in der Altenpflege. Junge Kosovaren kommen nach Deutschland und machen eine Ausbildung in einem Beruf, in dem hier Fachkräftemangel herrscht. Das Projekt geht im Herbst 2016 in die zweite Runde.

Die Evangelische Landeskirche in Württemberg unterstützt die Flüchtlingsarbeit ihrer Diakonie. Die Synode hat für die Jahre 2016/2017 zusätzlich 13,2 Millionen Euro beschlossen. Bereits für 2014 hatte sie zusätzlich 1,4 Millionen Euro für die Flüchtlingsarbeit zur Verfügung gestellt und für 2015 um weitere 2,15 Millionen Euro aufgestockt – jeweils zur Hälfte für die Arbeit in Württemberg und in den Herkunftsregionen. Ein wesentliches Ziel ist es, dazu beizutragen, Fluchtursachen in den Herkunftsländern zu mindern. Hierzulande werden die Mittel nachhaltig zur Unterstützung der ständig wachsenden Zahl ehrenamtlicher Helfer und Initiativen eingesetzt. Auch gibt es einen Fonds für Kleinprojekte, den die Diakonie verwaltet. cm

Weitere Informationen: Andrea Schlepper, Pressesprecherin und Leiterin der Abteilung Presse und Kommunikation, Tel.: 0711/1656-118, E-Mail: schlepper.a@diakonie-wuerttemberg.de

Frauen auf der Flucht oft Opfer von Gewalt oder Menschenhandel

Anlässlich des Internationalen Tags gegen Menschenhandel (30. Juli 2016) macht Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg mit der Landesstelle Brot für die Welt, auf die prekäre Lage von Frauen und Mädchen auf der Flucht aufmerksam. In diakonischen Beratungsstellen suchten zunehmend Opfer von sexualisierter Gewalt und Menschenhandel Hilfe. Die Diakonie fordert legale Zugangswege sowie sichere Unterbringung und asylrechtliche Beratung.

Stuttgart. Allein reisende Frauen, die in zunehmender Zahl als Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa sind, sind in besonderer Weise gefährdet, Opfer sexualisierter Gewalt oder Opfer von Menschenhandel zu werden, so Kaufmann. Manchmal würden Frauen gezwungen, sich zu prostituieren, um einen Schlafplatz zu bekommen oder um die nächste Passage durch Wüsten oder über das Mittelmeer zu bezahlen. „Es ist nicht hinnehmbar, dass wir Menschen auf gefährliche Fluchtrouten drängen und die Schutzlosen und Verletzlichsten tödlichen Gefahren aussetzen. Europa darf sich nicht abschotten. Wir brauchen sichere und legale Zugangswege und müssen die Familienzusammenführung dringend beschleunigen“, erklärt Kaufmann.

Neben diesen Gewalterfahrungen ist eine steigende Zahl von Flüchtlingsfrauen Opfer von Menschenhandel. Im Fraueninformationszentrum (FIZ) des Vereins für Internationale Jugendarbeit, Mitglied im Diakonischen Werk Württemberg, suchen zurzeit viele Frauen aus Westafrika, vorwiegend aus Nigeria, Kamerun oder Gambia, Rat. Die Frauen sind bereits in ihren Herkunftsländern Gewalt wie Genitalverstümmelung oder Zwangsverheiratung ausgesetzt, berichtet Doris Köhncke, Leiterin des FIZ. „Um aus solchen Gewaltverhältnissen zu fliehen, bieten Menschenhändler angebliche Hilfe an und vermitteln die Frauen nach Europa, wo sie dann zur Prostitution gezwungen werden. Zielländer des Menschenhandels sind Italien, Spanien, Frankreich oder auch Deutschland.“ Viele Frauen, denen die Flucht aus der Ausbeutung gelingt, suchen in Deutschland Schutz und beantragen Asyl. Nach den Erfahrungen des FIZ schweigen die Frauen häufig über ihre traumatischen Erfahrungen. „Es braucht eine sichere Unterbringung, in der die Frauen vor weiteren Übergriffen geschützt sind, und gute asylrechtliche Beratung, damit sie nicht abgeschoben und damit zurück in die Zwangsprostitution geschickt werden“, so Köhncke weiter.

Oberkirchenrat Kaufmann betont: „Menschenhandel ist eine schwere Menschenrechtsverletzung und ein schwerwiegendes Verbrechen. Wir brauchen eine Sensibilisierung für die besonderen Belange und Rechte von Frauen und Mädchen und die Unterstützung, dass diese ihre Rechte tatsächlich wahrnehmen können. Menschenhandel zerstört viele Hoffnungen und das Vertrauen in das Leben. Flüchtlingsfrauen haben bereits vieles verloren, wenn sie hier ankommen. Wir müssen alles tun, damit niemand ihre Würde verletzt“, so Kaufmann.

Die Unterstützung von Flüchtlingen und Opfern von Menschenhandel ist nach Kaufmann eine originäre diakonische Aufgabe. Fachberatungsstellen wie das FIZ oder die Beratungsstellen für traumatisierte Flüchtlinge, die Organisation von Netzwerken, politische Lobbyarbeit sind die tragenden Säulen. Mit den Aktionen „Hoffnung für Osteuropa“, Diakonie Katastrophenhilfe und Brot für die Welt ist die Diakonie Württemberg in den Herkunfts- und Transitländern mit Soforthilfeprogrammen präsent.

Um langfristig Menschenhandel, Ausbeutung und Fluchtursachen bekämpfen zu können, seien die Grundprobleme anzugehen, ist Kaufmann überzeugt: „Wenn wir uns einsetzen für Gerechtigkeit und soziale Gleichheit, Armut überwinden und Bildungschancen eröffnen, können wir den Teufelskreis von Verletzlichkeiten durchbrechen, die zu Konflikten und Kriegen führen.“ Die Diakonie gehe diese Schritte in der biblisch begründeten Hoffnung und Erwartung einer gerechten Welt nach dem Willen Gottes. cm

Weitere Informationen: Birgit Dinzinger, Leiterin der Abteilung Migration und Internationale Diakonie, Tel.: 0711/1656-377, E-Mail: dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de

Faire Bezahlung sichert Qualität in der Pflege

Caritas, Diakonie und ver.di in Baden-Württemberg haben das Deutsche Rote Kreuz (DRK) in Baden-Württemberg in ihr „Bündnis für Tariftreue und Tarifstandards für die Sozialwirtschaft in Baden-Württemberg“ aufgenommen. Das Bündnis setzt sich dafür ein, alle Beschäftigten in der Sozialwirtschaft in Baden-Württemberg nach anerkannten Tarifen zu entlohnen.

Stuttgart. „Für uns war tarifliche Bezahlung schon immer selbstverständlich. Deshalb freuen wir uns, dass wir dies durch den Beitritt zum Bündnis bekräftigen können. Gute Arbeit braucht guten Lohn“, sagte Hans Heinz, Landesgeschäftsführer des DRK-Landesverbands Baden-Württemberg. „Der Beitritt des DRK zu unserem Bündnis ist eine wichtige Unterstützung für unser Ziel, gute Arbeitsbedingungen und Einkommen für die Beschäftigten in der sozialen Arbeit zu sichern“, so ver.di-Landesfachbereichsleiterin Gesundheit und Soziales Irene Gölz. Für die kirchlichen Wohlfahrtsverbände Diakonie und Caritas zeigt der Beitritt des DRK ins Bündnis einmal mehr, wie überfällig Flächentarife für die Sozialwirtschaft in Baden-Württemberg sind. Dr. Rainer Brockhoff, Caritasdirektor der Diözese Rottenburg-Stuttgart, und Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Sprecher der Diakonie Baden-Württemberg, sagten: „Mit dem DRK haben wir einen starken Partner gewonnen, mit dem wir gemeinsam für einen Wettbewerb eintreten, der Qualität und nicht Lohndumping fördert.“

Der Fachtag „Tariftreue und Tarifstandards in der Altenhilfe“ im Hospitalhof in Stuttgart bot den Rahmen für die Aufnahme des DRK in das Bündnis. Bereits 2014 haben Caritas, Diakonie und ver.di sich zusammengeschlossen. Gemeinsam fordern sie Rahmenbedingungen, die alle Anbieter in der Sozialwirtschaft verpflichten, ihre Beschäftigten nach anerkannten Tarifen zu entlohnen.

In den meisten Einrichtungen in der Sozialwirtschaft in Baden-Württemberg gelten Flächentarife. Insbesondere im Bereich der Pflege drängen aber immer mehr Anbieter von Sozialdienstleistungen auf den Markt, die sich nicht an diese Flächentarife halten. Träger und Verbände wie DRK, Diakonie und Caritas, die sich an tarifliche Regelungen halten, sind daher im Nachteil. Die Kassen anerkennen die tariflichen Bezahlungen in den Entgelt- und Vergütungsverhandlungen nicht immer an. Sie verweigern den Wohlfahrtsverbänden seit Jahren eine auskömmliche Refinanzierung für ihre Leistungen mit der Begründung, die Tarife seien „kostentreibend“. Aus Sicht der Bündnispartner unterstützen die Kostenträger damit indirekt Lohndumping. „Das Image der sozialen Berufe wird beschädigt und so steuern die Kostenträger mit ihrer Haltung geradewegs auf einen Personalnotstand zu“, so die Bündnispartner. Sie befürchten, dass sich unter diesen Voraussetzungen die Arbeitsbedingungen verschlechtern. Dies wird erhebliche Auswirkungen auf die Qualität der Hilfen haben, insbesondere für alte und kranke Menschen in Baden-Württemberg.

Ver.di, Diakonie, Caritas und DRK treten überzeugt für Flächentarife insbesondere für Pflegeleistungen in Baden-Württemberg ein. „Flächentarife sichern gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten und damit auch die Qualität in der Pflege“, so die Bündnispartner. Sie sehen im demografischen Wandel und einer immer älter werdende Gesellschaft eine große Herausforderung. „Diese kann nur dann besprochen werden, wenn die Kostenträger den Streitpunkt ‚ungerechter Lohnkostenwettbewerb‘ aus dem Weg räumen.“ pm

Weitere Informationen: Andrea Schlepper, Pressesprecherin und Leiterin der Abteilung Presse und Kommunikation, Tel.: 0711/1656-118, E-Mail: schlepper.a@diakonie-wuerttemberg.de

„Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg 2016“

Drei mittelständische Unternehmen wurden in Stuttgart mit dem „Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg 2016“ ausgezeichnet: die eyeti systems + solutions GmbH & Co.KG aus Nürtingen, die Schreinerei Holitsch GmbH aus Tettngang und die Werner Maurer GmbH aus Winnenden.

Stuttgart. Sie belegten in ihrer Kategorie jeweils den ersten Platz unter fünf Unternehmen, die aus 307 eingegangenen Bewerbungen für den Preis nominiert wurden. Der Mittelstandspreis für soziale Verantwortung hat damit zu seinem zehnjährigen Jubiläum erneut einen Teilnahmerecord aufgestellt. Er ist somit der bundesweit teilnehmerstärkste Wettbewerb, der Corporate-Social-Responsibility-Aktivitäten (CSR) kleiner und mittlerer Unternehmen auszeichnet. Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg sowie das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau würdigen mit dem Preis zum zehnten Mal das freiwillige soziale und gesellschaftliche Engagement dieser Unternehmen. Der undotierte Preis steht unter dem Motto „Leistung – Engagement – Anerkennung“ (Lea).

„In diesem Preis findet sich eine vorbildhafte Allianz der Solidarität. Politik, Wirtschaft und Wohlfahrt legen ihre Kompetenzen zusammen, sie stärken die soziale Verantwortung, den Blick für das Gemeinwesen zum Wohle der Menschen in unserem Land“, erklärt Oberkirchenrat Urs Keller, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Baden im Neuen Schloss in Stuttgart vor 400 Gästen. Der Einsatz der Unternehmen sei nicht mehr aus unserer Gesellschaft wegzudenken, und daher wollten Caritas, Diakonie und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau mit dem Preis ihre Wertschätzung und Dank ausdrücken. Mathea Schneider, Vorstand des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg, sagte: „Über Werte wie Solidarität und Gemeinsinn wird gerne und viel gesprochen. Umso mehr beeindruckt es, wie viel Zeit und Energie die Bewerber des Mittelstandspreises investieren, um eine gute Idee voranzubringen. Dieses vielgestaltige soziale Engagement von Wirtschaftsunternehmen unterstützt unser Bemühen, Solidarität zu stiften.“

Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, sagte: „Der Lea-Mittelstandspreis ist ein Erfolgsmodell. Zehn Jahre Lea-Mittelstandspreis mit zahlreichen Bewerbern und Preisträgern belegen, wie ideenreich und nachhaltig sich die kleinen und mittleren Unternehmen für unsere Gesellschaft und das Wohl der Menschen im Land einsetzen. Diese Unternehmen sind mit ihren CSR-Aktivitäten fest in ihren Regionen verankert und aktiver Teil der Zivilgesellschaft Baden-Württembergs. Gerade wenn es darum geht, aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen zu meistern, ist dieses freiwillige unternehmerische Engagement unverzichtbar.“

Landesbischof Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh und Weihbischof Dr. Bernd Uhl würdigten als Vertreter der Schirmherren das soziale Engage-

ment der Unternehmerinnen und Unternehmer. Dieses sei auch für die Kirchen beispielhaft und nachahmenswert. „Wir freuen uns sehr über diese Firmen, die sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind. Das ist vorbildlich für andere. Es macht Mut, sich in der Wirtschaft konkret für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einzusetzen. Gerade die Arbeit mit den Flüchtlingen ist ein Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung“, sagte Cornelius-Bundschuh.

Die drei Preisträger in der Übersicht:

Den Preis für die Kategorie bis 20 Mitarbeiter erhielt die eyeti systems + solutions GmbH & Co.KG aus Nürtingen. Der Spezialist für Server Systeme engagiert sich für Flüchtlinge, die im Flüchtlingsheim in Nürtingen-Neckarhausen untergekommen sind. Die Firma initiierte Kooperationen wie den „Unternehmens-Integrations-Kick“ – ein Fußballspiel mit Unternehmern aus Neckarhausen und Flüchtlingen. Durch Kontakte konnten Praktika und Wohnungen an die Flüchtlinge vermittelt werden.

In der zweiten Kategorie bis 150 Mitarbeiter ging als Preisträger die Schreinerei Holitsch GmbH aus Tettnang hervor. Die Schreinerei stellt Möbel unter nachhaltigen Gesichtspunkten her. Das Unternehmen veranstaltet auch mit dem ortsansässigen Kirchenchor und Bläserensemble Benefizkonzerte im eigenen Haus und spendet die Erlöse an internationale Hilfsprojekte. Seit vergangendem Herbst bildet das Unternehmen zudem einen Flüchtling aus Gambia aus.

Sieger der dritten Kategorie bis 500 Mitarbeiter war die Werner Maurer GmbH aus Winnenden. Die Bäckerei unterstützt mit nicht verkauften Backwaren im Wert von jährlich 30.000 Euro die Tafeln in der Region. Es war eines der ersten Unternehmen im Rems-Murr-Kreis, das Flüchtlinge beschäftigte und ihnen die Möglichkeit gab, eine eigene Existenz aufzubauen. Außerdem engagiert sich die Maurer GmbH seit 22 Jahren für eine umweltverträgliche Landwirtschaft.

Zur Bewerbung eingeladen waren alle baden-württembergischen Unternehmen mit maximal 500 Beschäftigten, die Wohlfahrtsverbände, soziale Organisationen, Initiativen, Einrichtungen oder (Sport-)Vereine unterstützen und sich gemeinsam mit ihnen gesellschaftlich engagieren. Die öffentliche Anerkennung dieser CSR-Aktivitäten soll zugleich Motivation dafür sein, in der Dauerhaftigkeit dieses Engagements nicht nachzulassen. pm

Bis zum 31. März 2017 kann man sich wieder um den Mittelstandspreis 2017 bewerben. Infos unter www.mittelstandspreis-bw.de.

Gewinner des Diakonie Journalistenpreises 2016

Die Gewinner des Diakonie Journalistenpreises 2016 stehen fest. Erstmals verleihen die beiden Diakonischen Werke Baden und Württemberg einen Preis für die Kategorie Online und einen Sonderpreis zum Thema Flüchtlingsarbeit. Darüber hinaus gibt es wieder Preise für die Bereiche Print, Fernsehen und Hörfunk (kurz/lang).

Stuttgart/Karlsruhe. Joachim Auch und Esther Saoub vom SWR-Fernsehen werden ausgezeichnet für ihre Reportage „Samias Rettung – Neue Heimat Deutschland“. Sie schildert das Schicksal einer syrischen Jesidin. Die Minderjährige war in Gefangenschaft des IS geraten, wurde freigekauft und kam dann über ein baden-württembergisches Rettungsprogramm nach Deutschland. Joachim Auch und Esther Saoub zeichnen mit hohem journalistischem Aufwand und außerordentlichem Feingefühl eine Biografie, die exemplarisch für viele Schicksale in den vom IS kontrollierten Regionen steht.

Sandra Müller und Katharina Thoms von SWR 2 erhalten die Auszeichnung für ihre Hörfunkreportage „Meßstetten – Tausende Asylsuchende als Nachbarn“. Handwerklich brillant schildern sie die Stimmungslage in dem kleinen Ort auf der schwäbischen Alb. Im Laufe der Reportage kippt die Stimmungslage von anfänglicher Willkommenskultur über Ablehnung und Kritik bis hin zu Akzeptanz. Die Autorinnen werden ausgezeichnet für ihre ausgewogene Erzählweise und gute Interviewtechnik.

Der Preis für den Hörfunk-Kurzbeitrag geht an Katharina Jansen von SWR 3. Mit einer ganzen Serie von Kurzbeiträgen zum Themenschwerpunkt „Seelenschatten“ gibt sie einen konzentrierten Überblick zum Thema Depression. Trotz sehr hoher Informationsdichte schafft es Katharina Jansen, ein ernstes Thema durchaus unterhaltsam für ein eher am Mainstream orientiertes Sendeformat umzusetzen.

Ausgezeichnet wurde auch die Zeitungsreportage „Ein Glückskind“ der Stuttgarter Zeitung. Autorin Julia Bayer beschreibt in ihr das Schicksal eines Mannes, dessen Haut bei einem Flugzeugabsturz zu 85 Prozent verbrannte. Sie beschreibt, wie der Mann sich sein Leben wieder in die Hand nimmt und nun seinerseits Brandopfern und ihren Angehörigen zur Seite steht.

Den Preis Online-Publikation erhält Marion Dilg von SWR-Online für ihre crossmediale Webdoku „Terror von Rechts“ zum gleichnamigen Film von Thomas Reutter. Dieser geht der Frage nach, wie Deutschland gegen den Rechtsterrorismus vorgeht. Mit zahlreichen kurzen Texten, Grafiken, Videos und Audios gibt sie Informationen zur Entwicklung rechtsextrem motivierter Gewalt gegen Flüchtlinge und Migranten in Deutschland. Dabei gelingt es Marion Dilg, die multimedialen Möglichkeiten des Netzes zu nutzen und miteinander zu verbinden.

Der Sonderpreis „Flüchtlingsarbeit“ geht an Nadja Odeh. Für das Magazin Chrismon und den SWR Hörfunk hat sie das ehrenamtliche Engagement von Privatpersonen in den Mittelpunkt ihrer Reportagen gestellt. Unter den Titeln „Aber wie wartet man gelassen?“ (Chrismon), „Die Unerträglichkeit des Wartens“ und „Die zweite Odyssee“ (SWR 2) beschreibt sie, an welche Grenzen Flüchtlinge bei den deutschen Behörden stoßen und wie Ehrenamtliche Gefahr laufen, sich im Einsatz für andere aufzureiben. Nadja Odeh gelingt es, dasselbe Thema gleichermaßen vielschichtig für die beiden unterschiedlichen Medien aufzuarbeiten. Das erschien der Jury besonders preiswürdig.

Die Jury des Diakonie Journalistenpreises besteht aus Redakteuren von Zeitung, Funk und Fernsehen, Wissenschaftlern sowie Vertretern der Diakonie. 140 Beiträge wurden in diesem Jahr eingereicht. Die Verleihung findet am 16. November 2016 in Karlsruhe statt. Es werden Preisgelder von insgesamt 13.500 Euro vergeben. Der Preis wird auch 2017 wieder ausgeschrieben. as

Weitere Informationen: Andrea Schlepper, Pressesprecherin und Leiterin der Abteilung Presse und Kommunikation, Tel.: 0711/1656-118, E-Mail: schlepper.a@diakonie-wuerttemberg.de

Kultusministerium, Diakonie und Caritas zeichnen Werkrealschüler aus

Gemeinsam mit dem Kultusministerium haben Caritas und Diakonie in Baden-Württemberg heute zum vierten Mal Schülerinnen und Schüler mit dem Landespreis Werkrealschule ausgezeichnet. Die zehn Absolventen der Werkrealschule kommen aus ganz Baden-Württemberg und haben im Wahlpflichtfach „Gesundheit und Soziales“ mit hervorragenden Leistungen abgeschlossen.

Stuttgart. Pfarrer Oliver Merkelbach, Vorstandsvorsitzender des Caritasverbandes der Diözese Rottenburg-Stuttgart, lobte im Neuen Schloss in Stuttgart das Engagement der Schüler: „Es berührt mich sehr, wie viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter Caritas und Diakonie haben, wenn es darum geht, dieser Gesellschaft ein menschliches Gesicht zu geben. Es darf nicht nur darum gehen, von der Zuwendung zu anderen Menschen zu reden und in der Kirche zu predigen. Diese Zuwendung soll für den anderen Menschen auch spürbar werden – und das haben die Preisträgerinnen und Preisträger auf ihre Weise umgesetzt.“

Für Kirchenrat Jürgen Rollin, Vorstand des Diakonischen Werks Baden, machen die Preisträgerinnen und Preisträger deutlich, dass junge Menschen vor allem gemeinsam mit anderen ihr Leben gestalten wollen. „Sie sind nicht nur in virtuellen Welten unterwegs. Sie sind sensibel für menschliche Not und gehen Problemen nicht aus dem Weg. Sie packen an, wo ihre Hilfe gebraucht wird“, sagte Rollin und betonte: „Wir sind stolz auf unsere nachwachsenden Generationen.“

Im Vorfeld der Preisverleihung im Neuen Schloss konnten die zehn Preisträger Einblicke in verschiedene Arbeitsbereiche von Diakonie und Caritas gewinnen. Zusammen mit den Eltern und Lehrern unternahmen sie einen ganz besonderen Spaziergang durch die Stadt, der von ehemals wohnungslosen Menschen geführt wurde.

Für die Auswahl der Preisträger der zehnten Klasse Werkrealschule waren nicht nur die fachlichen, überfachlichen und praktischen Kenntnisse entscheidend. Auch die Rückmeldungen der Einrichtungen, in denen die Schüler Praktika absolviert hatten, galten als Bewertungskriterium. Außerdem zählten ehrenamtliches und soziales Engagement sowie Zertifikate, die die Jugendlichen in und außerhalb der Schule erworben haben.

Um die engagiertesten Schüler ausfindig zu machen, forderte das Kultusministerium unmittelbar nach den Werkrealschulprüfungen sämtliche Werkrealschulen im Land auf, herausragende Schülerinnen und Schüler vorzuschlagen. Auch Initiativbewerbungen von Schülern waren möglich. Die Staatlichen Schulämter sichteten die Unterlagen, das Kultusministerium und die Kooperationspartner Caritas und Diakonie wählten die zehn Preisträger aus.

Zu den Preisträgern gehören:

- Luisa Avdijaj, Würmtalschule Grund- und Werkrealschule, Weil der Stadt
- Dimjana Fouad Fanos, Dreißentalschule Gemeinschaftsschule, Oberkochen
- Elisabeth Haurich, Grund-, Werkreal- und Realschule Frommern, Balingen
- Benita Isele, Julius-Leber-Schule Grund- und Gemeinschaftsschule, Breisach
- Fabian Luther, August-Ganther-Schule Werkrealschule, Oberkirch
- Elmedina Muslijov, Grund- und Werkrealschule, Östringen
- Lara Rinderknecht, Lindenrainschule Grund- und Hauptschule, Ebhausen
- Kristina Weigant, August-Ganther-Schule Werkrealschule, Oberkirch
- Chiara Wöhrle, Werkreal- und Realschule Oberes Kinzigtal, Alpirsbach
- Giulia Wöhrle, Werkreal- und Realschule Oberes Kinzigtal, Alpirsbach

Neben dem Wahlpflichtfach „Gesundheit und Soziales“ wurden je zehn weitere Absolventen für die Wahlpflichtfächer „Natur und Technik“ sowie „Wirtschaft und Informationstechnik“ ausgezeichnet. Partner für diese Fächer sind die Porsche AG und die Stiftung Würth. pm

Weitere Informationen: Matthias Reuting, Abteilung Kinder, Jugend und Familie, Tel.: 0711/1656-383, E-Mail: reuting.m@diakonie-wuerttemberg.de

Arbeitsmarktentwicklung geht an den Arbeitslosen vorbei

Die Agentur für Arbeit hat die aktuellen Arbeitslosenzahlen bekannt gegeben und die positive Arbeitslosenquote gegenüber anderen Bundesländern unterstrichen. Die Diakonie lenkt den Blick auf Zahlen, die die Probleme des Arbeitsmarkts in Baden-Württemberg zeigen.

Stuttgart. Die Arbeitslosenquote ist gegenüber dem Juli 2015 fast gleich hoch geblieben. Die Schwankungen werden immer kleiner. Der Abbau der Arbeitslosigkeit kommt nicht voran. Der seit Monaten deutliche Anstieg der Beschäftigtenzahlen wirkt sich nicht mehr auf die Anzahl der Arbeitslosen aus. Eine positive Arbeitsmarktentwicklung lässt sich fast nur bei den Kurzeitarbeitslosen feststellen, während bei den Langzeitarbeitslosen kaum noch positive Veränderungen zu erkennen sind. Im Rechtskreis des SGB II (Langzeitarbeitslose) ist die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorjahresmonat um 355 Personen gestiegen, während sie im Rechtskreis des SGB III (Kurzeitarbeitslose) um 1.343 gesunken ist. Hier zeigt sich das zusätzliche Problem, dass ca. 25 Prozent derjenigen, die sich aus einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit arbeitslos melden müssen, nicht mehr in der Lage sind, sich Ansprüche auf Arbeitslosengeld I zu erwerben, weil ihre Stellen befristet und ihre Beschäftigungszeit zu kurz gewesen ist.

Der Anteil der Hartz-IV-Empfänger an den Arbeitslosen beträgt 58,5 Prozent. Die absolute Zahl ist gegenüber dem Vormonat zwar um 1.227 Personen gesunken; insgesamt jedoch bewegt sie sich sehr viel weniger als die Gesamtarbeitslosigkeit und die Beschäftigtenzahlen.

Vor allem zeigt sich die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit an der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit für Langzeitarbeitslose, die im SGB-II-Bereich (Hartz IV) jetzt bei 570 Tagen liegt und sich kaum verbessert. Die Gesamtzahl der Menschen, die von Hartz-IV-Leistungen leben, das sind die Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II und ihre Angehörigen, ist im Jahresverlauf um 10.343 auf 438.176 Menschen gestiegen.

- Die Gesamtzahl der Beschäftigten ist gegenüber dem Vorjahr um 103.400 (erneut plus 2,4 Prozent) auf 4.453.200 gestiegen. Dass gleichzeitig die Arbeitslosigkeit um nur 988 (minus 0,4 Prozent) Personen gesunken ist, zeigt, dass die Arbeitsmarktentwicklung an den Arbeitslosen vorbei geht.
- Betroffen von Langzeitarbeitslosigkeit sind vor allem Arbeitslosengeld-II-Bezieher. Sie sind an der Arbeitslosigkeit mit 58,5 Prozent, an der Langzeitarbeitslosigkeit aber mit 84,6 Prozent beteiligt.
- Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit beträgt für SGB-II-Arbeitslose 570 Tage – zwei Tage weniger als im Vormonat und fünf Tage weniger gegenüber dem Vorjahresmonat. Demgegenüber beträgt die Dauer der Arbeitslosigkeit im SGB III nur durchschnittlich 176 Tage und ist gegenüber dem Vorjahresmonat sogar um 14 Tage gesunken.

- Der Bericht der Arbeitsagentur weist aus, dass zwar im Juli 58.427 Personen ihre Arbeitslosigkeit beendeten, aber nur 18.344 Personen aus der Arbeitslosigkeit in eine Erwerbstätigkeit übergehen konnten.
- Nur 18,1 Prozent derjenigen, die aus dem SGB II heraus ihre Arbeitslosigkeit beendeten, konnten auch eine Erwerbstätigkeit beginnen; von den SGB-III-Empfängern, die aus der Arbeitslosigkeit abgingen, waren das immerhin 44,6 Prozent.
- Der Bestand an offenen Stellen beträgt 96.213, womit auf jede gemeldete offene Stelle immer noch ungefähr 2,3 Arbeitslose kommen.
- Die Zahl der Beschäftigung schaffenden Maßnahmen hat sich gegenüber dem Vormonat leicht um 76 Plätze erhöht, gegenüber dem Vorjahresmonat ist sie aber erneut um 767 auf jetzt nur noch 4.357 Plätze reduziert worden.

Die positive wirtschaftliche Entwicklung muss jetzt genutzt werden, um diesen Menschen durch eine qualifizierte öffentlich geförderte Beschäftigung die Teilhabe an Arbeit zu ermöglichen und eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt zu schaffen.

Tatsächlich werden die Mittel zur Eingliederung von Arbeitslosen aber in den letzten Jahren zunehmend reduziert bzw. zunehmend für die Verwaltungskosten eingesetzt. Bundesweit wurden 2015 von den Jobcentern mehr als 1.100 Euro pro Person für die Verwaltung der Arbeitslosen eingesetzt, in Baden-Württemberg maximal 1.432 Euro in Schwäbisch-Hall und minimal 1.112 Euro im Rems-Murr-Kreis, während sich die Mittel für Eingliederungsmaßnahmen zwischen 273 Euro pro Person im Alb-Donau-Kreis und 541 Euro pro Person in Karlsruhe bewegen. Für die Verwaltung der Arbeitslosigkeit wird also inzwischen mehr als doppelt so viel ausgegeben wie für Unterstützung und Eingliederungsmaßnahmen.

Fachwissenschaftler weisen darauf hin, dass das Leitbild des Forderns und der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik gegen das einer befähigenden Arbeitsmarktpolitik getauscht werden muss, die nicht an den Defiziten und Vermittlungshemmnissen, sondern an der Lebenssituation und den Fähigkeiten der Menschen ansetzt, die auf Teilhabe an Arbeit und an der Gesellschaft ausgerichtet ist. Es zeigt sich immer deutlicher, dass Langzeitarbeitslose und ihre Familien ohne öffentlich geförderte Beschäftigung keine Chance mehr zur Teilhabe und zur Integration in Arbeit bekommen. Die Diakonie fordert dies seit langem und hat mit dem Passiv-Aktiv-Transfers ein realistisches Finanzierungskonzept vorgelegt, während die Bundesregierung trotz positiver wirtschaftlicher Rahmenbedingungen die Möglichkeit zu Handeln verpasst.

Mehr Informationen:

<http://www.initiative-pro-arbeit.de/>

<http://www.o-ton-arbeitsmarkt.de/>

Das Gute suchen

Das Projekt Ethikberatung in der Altenhilfe ist nach zwei Jahren im Juli 2016 abgeschlossen worden. Das Projekt zielte darauf, in zwölf beteiligten Diensten und Einrichtungen strukturierte Ethikberatung zu entwickeln und umzusetzen. Parallel hat es 24 Ethikmoderatoren qualifiziert. Dies fördert eine wirkungsvolle und nachhaltige Einführung ethischer Fallbesprechungen in der ambulanten und stationären Altenhilfe.

Stuttgart. Die Teams nehmen ethische Fragestellungen wie beispielsweise Umgang mit Demenz in den Blick und suchen tragbare Lösungen für hilfe- und pflegebedürftige Menschen und für Mitarbeitende. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass Ethikberatung positive Effekte auf die Zusammenarbeit im Team und mit dem/der Vorgesetzten hat. Die psychische Belastung der Mitarbeitenden sinkt, die Arbeitszufriedenheit steigt. Ethikberatung dient dem Wohl der betreuten und der betreuenden Menschen, sorgt für positive Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und stärkt die diakonische Identität von Mitarbeitenden.

„Als Team haben wir gelernt, uns auf gemeinsame Werte zu verständigen. Ein sehr lehrreicher Prozess“, sagt Anette Jaki, Pflegedienstleitung der Diakoniestation Fellbach. Und Dorothea Kaupp, frischgebackene Ethikmoderatorin aus dem Seniorenzentrum Steinenbronn, ergänzt: „Mitarbeiter öffnen ihren Blick für die anderen Disziplinen, das Verständnis und das „Füreinander-Miteinander wird gestärkt. Über die vermittelte Sicherheit in schwierigen Situation wird die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeitenden erhöht und gleichermaßen die Pflegequalität verbessert.“

Von solchen positiven Effekten berichteten Ende Juni in Stuttgart Vertreterinnen und Vertreter von zwölf Einrichtungen und Trägern der stationären und ambulanten Altenpflege. Sie waren beteiligt bei dem vom Diakonischen Werk Württemberg verantworteten und von der Martha-Stiegler-Stiftung geförderten Projekt. Ein wesentlicher und erstmalig umgesetzter Schlüssel für die erfolgreiche Einführung von ethischen Fallbesprechungen war die Einbeziehung der jeweiligen Führungskräfte. Sie reflektierten begleitend zur Ausbildung der Ethikmoderatoren in einer Arbeitsgruppe die organisationalen Aspekte und die eigene Rolle bei der Einführung von ethischen Fallbesprechungen.

Häufige Fragestellungen bei ethischen Fallbesprechungen bzw. ethische Dilemmata sind zum Beispiel die Werte Selbstbestimmung versus Fürsorge etwa bei der Verweigerung von Behandlung oder Nahrung, verantwortlicher Umgang mit freiheitseinschränkenden Maßnahmen oder Entscheidungen am Lebensende. Eva-Maria Armbruster, Stellvertreterin des Vorstandsvorsitzenden des Diakonischen Werks Württemberg, betonte in ihrem Beitrag die große Bedeutung ethischer Reflexion auf der Basis christlicher Werte: „Die Währung, in der ein gelingendes pflegerisches Handeln bezahlt wird, heißt Vertrauen und nicht Euro. Vertrauen kann ich aber nur jemandem,

der mir wahrhaftig gegenübertritt. Und Wahrhaftigkeit als zentralen christlichen Wert kann es nur geben, wenn die handelnden Personen in der Lage sind, ihr eigenes Tun zu reflektieren.“ Auch Prof. Annette Riedel und Dr. Stefan Dinges als externe Trainer betonten die Notwendigkeit gemeinsamer ethischer Reflexion. Das Bewusstmachen von ethischen Dilemmata und der eigenen diakonischen Werte sei wesentlich für den jeweiligen Entscheidungsprozess. Die gemeinsame Entwicklung unterschiedlicher Lösungsoptionen mache aber deutlich, dass es in komplexen Entscheidungssituationen in der Regel keine einfachen und eindeutigen Antworten gibt. Dennoch stärke Ethikberatung die Handlungsfähigkeit und wirke sich positiv auf die gesamte Unternehmenskultur aus.

Aus dem Projekt wird nun ein Programm zur Stärkung ethischer Reflexion. Das vom Verbandsrat empfohlene Konzept WissenWasTun beinhaltet in Weiterführung des erfolgreichen Modells einen Kurs zur Ausbildung von Ethikmoderatoren und einen Fachkurs Organisationsethik für Führungskräfte. Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, unterstreicht die Notwendigkeit des Dranbleibens: „Als Diakonie ist es uns wichtig, dass wir den in unserem Leitbild formulierten Anspruch auch in der alltäglichen Arbeit einlösen. Ethische Reflexion ist zentraler Bestandteil einer diakonischen Kultur und wichtiges Qualitätsmerkmal diakonischer Arbeit. Es ist deshalb gut und richtig, wenn das Hospiz- und Palliativgesetz ausdrücklich auf ethische Fallbesprechungen im Zusammenhang von Sterbebegleitung verweist.“ gb

Weitere Informationen. Anna Feuersänger, Abteilung Theologie und Bildung, Tel.: 0711/1656-340, E-Mail: Feuersaenger.a@diakonie-wue.de

Welche Krankenhäuser braucht das Land?

„Welche Krankenhäuser braucht das Land?“, diese Fragestellung diskutierten die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhäuser und des Evangelischen Krankenhausverbandes Baden-Württemberg am 1. Juli im Diakonie-Klinikum Stuttgart bei ihrem jährlichen Landestreffen. Daran teilgenommen haben neben den 60 Vertretern der Mitgliedshäuser Sozialminister Manfred Lucha und die gesundheitspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen.

Stuttgart. In seinem Vortrag wies Professor Dr. Boris Augurzky, Leiter des Bereichs Gesundheit am Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, auf die Probleme der hiesigen Krankenhäuser hin. „In Baden-Württemberg schreibt die Hälfte aller Kliniken rote Zahlen, bundesweit nur rund ein Viertel. Das Land ist damit Schlusslicht in Deutschland“, so Augurzky. Dies liege aber nicht daran, dass in den Krankenhäusern im Südwesten schlechter gewirtschaftet werde. Die Gründe dafür seien deutlich höhere Personalkosten im Vergleich zu anderen Ländern, die bessere Personalausstattung und der für die Krankenhausfinanzierung ausschlaggebende Landesbasisfallwert, der 2016 nach Hessen der niedrigste in Deutschland sein wird. Davon besonders betroffen sind die freigemeinnützigen und konfessionellen Häuser. Sie müssen Defizite aus eigener Substanz finanzieren und erhalten im Gegensatz zu öffentlich-rechtlichen Krankenhäusern keine Betriebskostenzuschüsse aus Steuermitteln.

Sozialminister Manfred Lucha sprach sich in seinem Grußwort für den Erhalt der Trägervielfalt aus: „Wir wollen keine Kannibalisierungstrukturen.“ Gerade die Vielfalt trage zu einer flächendeckenden Versorgung bei und stelle für die Patienten die gewünschte Wahlfreiheit sicher. Die gesundheitspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen, Petra Krebs für Bündnis90/Die Grünen, Stefan Teufel für die CDU, Rainer Hinderer für die SPD und Jochen Haußmann für die FDP, dankten in der Diskussionsrunde den Anwesenden ausdrücklich für die Arbeit der konfessionellen Kliniken. Auch sie waren sich einig, dass die Trägervielfalt im Land unbedingt erhalten werden müsse. Die Vertreter der Landesregierung, Petra Krebs und Stefan Teufel, konnten keine Steigerung der Fördermittel für die notwendigen Investitionen in den Kliniken in Aussicht stellen – trotz vieler neuer Entwicklungen im Gesundheitswesen wie der Digitalisierung oder medikamentöser Therapien. Oberste Priorität habe die Haushaltskonsolidierung. Sie kündigten an, sich auf Bundesebene für eine bessere Finanzausstattung bei den Betriebskosten der Kliniken im Land einzusetzen, um der Besonderheiten im Hochlohnland Baden-Württemberg Rechnung zu tragen.

Der Evangelische Krankenhausverband Baden-Württemberg und die Landesarbeitsgemeinschaft der katholischen Krankenhäuser vertreten in Baden-Württemberg je 24 Kliniken. Dort stehen insgesamt 10.360 Plätze für Patienten zur Verfügung, die von knapp 23.000 Mitarbeitern – davon fast 11.000 Pflegekräfte und 3.000 Ärzte – betreut werden. Die Kliniken bieten 1.700 Ausbildungsplätze für die Pflegeberufe an. pm

Weitere Informationen: Claudia Mann, stv. Pressesprecherin, Tel.: 0711/1656-334, E-Mail: mann.c@diakonie-wuerttemberg.de

Beteiligung von Jugendlichen bei Internationaler Jugendkonferenz

Mit mehr als 50 jungen Menschen hat in Böblingen und Sindelfingen eine Internationale Jugendkonferenz stattgefunden. Große Neuerung bei der dritten Konferenz: Neben zehn spanischen Jugendlichen aus Granollers und etwa 20 in Deutschland aufgewachsenen Jugendlichen, davon viele mit Migrationshintergrund, waren erstmals 20 junge Flüchtlinge aktiv an dem anspruchsvollen Programm beteiligt.

Sindelfingen/Böblingen. Unter der Schirmherrschaft der Stadt Sindelfingen und des Landkreises Böblingen wurde die Veranstaltung vom deutsch-türkischen Wirtschaftsforum, von Ver.di, der GEW und vom Stadtjugendring Böblingen verantwortet – aus dem evangelischen Trägerbereich sind das Evangelische Jugendwerk, der Verein Jugendhilfe Böblingen und NIKA, Mutpol Region Böblingen, dabei.

Mehr als 50 junge Menschen hatten nach der Auftaktveranstaltung am Sonntagabend fünf ausgefüllte Programmtage mit den Schwerpunkten Demokratie, Integration, Europa und Partizipation von Jugendlichen. Dazu gab es eine Stadtrallye, vorbereitete und ausgewertete Expertengespräche, den Besuch des Europaparlaments in Straßburg, einen Tag der Workshops, eine Zukunftswerkstatt und eine Veranstaltung mit Landtagsabgeordneten.

NIKA gestaltete das fachliche Programm und moderierte die Beteiligung der Jugendlichen. Dazu gab es im Vorfeld der Konferenz einen Theater-Workshop mit jungen Flüchtlingen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, aus dem die Jugendlichen bei der Abschlussveranstaltung Theater-Szenen aus dem Alltag präsentierten. In der gemeinsamen Erörterung der Zukunft junger Menschen entstand eine große Energie und Zuversicht, mit der sie auch sprachliche Hindernisse geduldig und kreativ mittrugen. Besonders beeindruckt zeigten sich die ausländischen Jugendlichen von den vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten in Deutschland über Jugendgemeinderäte, offene Foren der kommunalen Mitwirkung und Beteiligung, bis hin zu direkten Gesprächen mit Räten und Abgeordneten.

Spontan erklärten sich deutsche Jugendliche bereit, in den Ferien ehrenamtlich bei Sprachkursen von NIKA aktiv zu werden. Junge Flüchtlinge wollen in ihren Gemeinden weitere Jugendgruppen aufbauen. Einigkeit bestand darin, dass Begegnungen unterschiedlicher Kulturen ohne Unterstützung und Begleitung nicht dauerhaft gelingen können. Dazu sind längerfristig angelegte Förderprogramme, eine breite Vernetzung sowie die Kooperation von Professionellen und Ehrenamtlichen unerlässlich.

Gefördert wird die Jugendkonferenz von der „Allianz für Beteiligung“, von der Integrationsoffensive des Landes und der Bürgerstiftung Sindelfingen. uf

Weitere Informationen: Ulrich Fellmeth, Leiter der Abteilung Kinder, Jugend und Familie, Tel.: 0711/1656-216, E-Mail: fellmeth.u@diakonie-wue.de

Das eigene schädliche Trinkverhalten steuern

Vor einem Jahr hat der Bundestag den reduzierten Alkoholkonsum als Gesundheitsziel in die Sozialgesetzgebung aufgenommen. Seitdem gibt es für Suchtkranke neue Modelle wie das „kontrollierte Trinken“ oder Trinktagebücher, mit deren Hilfe das eigene Konsumverhalten „erforscht“ werden kann. Mit diesen Angeboten setzen sich die an Sucht erkrankten Mitglieder der Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe, Landesverband Württemberg e.V., seit einem Jahr auseinander.

Machtolsheim. Die Mitglieder der Freundeskreise haben sich während ihres langen Weges aus der Sucht für ein Leben in Abstinenz entschieden. „Zunächst war diese Entscheidung ein Muss, im Laufe der Zeit wurde sie zu einem Wollen und für viele Mitglieder ist das abstinentes Leben mittlerweile so normal, dass sie den Stoff nicht mehr brauchen“, sagt Geschäftsführer Rainer Breuninger. Einig zeigen sich die Betroffenen darin, dass andere Versuche, vom Alkohol wegzukommen, fehlschlagen. Ab einem bestimmten Stadium des Krankheitsverlaufs sei Alkoholkonsum nicht mehr zu kontrollieren. Im Rückblick gestehen sie ein, dass sie ihr Trinkverhalten erneut steuern wollten, sie damit aber wieder scheiterten, bis sie sich mit Hilfe einer Therapie und einer Selbsthilfegruppe für ein abstinentes Leben entschieden hatten. Ziel war und bleibt also ein selbstbestimmtes Leben ohne Suchtmittel, was mit Hilfe Gleichgesinnter tatsächlich möglich wird und hilft, zu neuer Lebensqualität zu finden.

Im Austausch mit Referent Thomas Hannss, Leiter der Suchtberatungsstelle der Diakonie in Bietigheim-Bissingen, wurde deutlich, dass Menschen, die Alkohol auf riskante Weise konsumieren, sich über das Modell des kontrollierten Trinkens im Klaren werden können, ob sie ihr Konsumverhalten tatsächlich steuern können. „Die meisten, die vom klassischen Weg der Therapie und Abstinenz hören, sind gleich wieder weg“, berichtet Hannss aus der Praxis. „Über die neuen Angebote können wir mehr Betroffene erreichen und zum Nachdenken bringen.“ Wer in einer Selbsthilfegruppe der Freundeskreise Hilfe suche, werde sie erhalten, sichert Breuninger zu. Der Fokus liege auf einer abstinenten Alltagsgestaltung.

Die Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe, Landesverband Württemberg, bestehen aus 102 Freundeskreisen. Rund 600 Ehrenamtliche engagieren sich in ca. 215 Gesprächsgruppen für über 3.000 Teilnehmer. Ziel ist eine zufriedene und suchtmittelfreie Lebensgestaltung. Grundlage und Motivation der Arbeit ist die christliche Nächstenliebe. Im Verbund der Suchtkrankenhilfe übernehmen die Freundeskreise die Nachsorge für suchtkranke Menschen sowie deren Angehörige und sichern die Behandlungserfolge von Beratungsstellen und Fachkliniken. pm

Weitere Informationen: Freundeskreise für Suchtkrankenhilfe, Landesverband Württemberg e.V., Hindenburgstr. 19 a, 89150 Laichingen, Tel.: 07333/3778, E-Mail: info@freundeskreise-sucht-wuerttemberg.de

Seit 125 Jahren aktiv für Menschen. Leben. Würde.

Was als vor 125 Jahren als Arbeiterkolonie begann, ist heute das diakonische Sozialunternehmen Erlacher Höhe mit Angeboten an 15 Standorten in sechs Landkreisen. Dieses Jubiläum war Grund zum Feiern.

Erlach. Als Auftaktveranstaltung gab es eine Benefizlesung mit dem Autor Felix Huby. Er las aus dem Krimi „Bienzle stochert im Nebel“, aus dem Roman „Heimatjahre“ und aus „So semmer halt – Die Schwaben und die Republik“. Vorstand Wolfgang Sartorius überreichte Felix Huby einen Geschenkkorb mit regionalen Produkten aus dem Schwäbischen Wald und dankte ihm herzlich, dass er auf seine Gage verzichtet. Die Eintrittserlöse kommen dem Spendenfonds der Erlacher Höhe für Einzelfallhilfen zu Gute.

Ein buntes Programm mit Festgottesdienst, Talkrunde, Ausstellungen, kulturellen Angeboten, Führungen, dem „Tag der Gläsernen Produktion“ sowie großem Kinderprogramm erwartete die Gäste am Sonntag. Musikalische Beiträge gab es unter anderem von der Brenz Band. Gäste bei der von Jo Frühwirth moderierten Talkrunde waren Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July, der baden-württembergische Sozialminister Manfred Lucha, Landrat Dr. Richard Sigel, Bürgermeister Christoph Jäger und Prof. Hans-Ulrich Weth. Die Erlacher Küche verköstigte die Besucher mit leckeren Gerichten.

In der Zentralen Verwaltung werden Ausstellungen über den ehemals wohnungslosen P. Schumacher und R. Sorg gezeigt. Darüber hinaus begleiten durch das gesamte Gelände der ERLACHER HÖHE die Bilder des Fotowegs „Menschen. Leben. Würde.“ von Edgar Layher.

Ziel der Erlacher Höhe ist es, für Menschen in sozialen Notlagen aktiv zu werden, deren Würde und deren Lebenschancen eingeschränkt oder gefährdet sind. Deshalb steht das Jubiläum unter dem Motto „Seit 125 Jahren aktiv für Menschen. Leben. Würde“. In den vergangenen 125 Jahren hat die diakonische Einrichtung mit Hauptsitz in Erlach vielen tausend Menschen geholfen, die durch Armut, Krankheit, Wohnungslosigkeit oder Arbeitslosigkeit in Not geraten sind. Die Erlacher Höhe setzt sich seit 125 Jahren für das Leben und die Würde jedes Menschen ein, und so soll es auch in Zukunft sein. pm/cm

Weitere Informationen: Erlacher Höhe, 71577 Großerlach, Jasmin Leistner, Öffentlichkeitsarbeit, Tel. 07193/57-100

Interkulturelle Kompetenz gehört zum Persönlichkeitsprofil**Alle 21 Absolventen des Berufsfindungsjahres der Evangelischen Brüdergemeinde Korntal haben einen Ausbildungs- bzw. Studienplatz.**

Korntal. Die Vermittlung interkultureller Kompetenz wird immer mehr zum Markenzeichen des Orientierungsjahres der Evangelischen Brüdergemeinde Korntal. Für die Teilnehmer bedeute dies eine wesentliche Stärkung ihres Persönlichkeitsprofils, sagte der Leiter des Orientierungsjahres, Andy Messner, bei der Verabschiedung des Jahrgangs 2015/16. Während dieses Berufsfindungsjahres leben junge Erwachsene aus Deutschland mit jungen Deutschen zusammen, die bis zu ihrem Schulabschluss im Ausland aufgewachsen sind. Diese unterschiedlichen kulturellen Prägungen und ihre konkreten Auswirkungen im Alltag förderten Verständnis und Toleranz und erweiterten den Horizont des Einzelnen, so Messner. Dazu kämen immer mehr Orientierungsjahr-Einsätze unter Flüchtlingen in Deutschland. „Diese Einsätze helfen, Hemmungen im Umgang mit Ausländern abzubauen und sprachliche Barrieren leichter zu überwinden“, so Messner. Zum zehnmonatigen Orientierungsjahr gehören Berufspraktika, eine Bibelschule, lebenspraktischer Unterricht, gemeinsames Leben in Männer- und Frauen-Wohngemeinschaften sowie Hilfeinsätze im In- und Ausland.

Kinder von im Ausland lebenden Deutschen machten die Besonderheit des Orientierungsjahres aus, unterstrich Andy Messner. „Diese ‚Third Culture Kids‘ (zu Deutsch „Drittkulturkinder“) haben einen besonderen Blick auf die deutsche Kultur. Ihre Internationalität ist eine Bereicherung für alle Ojahrler, gleichzeitig helfen ihnen die einheimischen Teilnehmer, sich in die deutsche Kultur zu integrieren“, sagt er. „Während der Einsätze des Orientierungsjahres an Schulen, in christlichen Gemeinden und bei sozial-diakonischen Projekten haben unsere Teilnehmer einen wesentlichen Vorteil, denn wer weniger Berührungspunkte mit fremden Kulturen und anderen Sprachen hat, ist anpassungsfähiger und wird mit Fremden schneller warm. Auch im Beruf ist das ein großer Pluspunkt.“

Von den 21 Teilnehmern des Jahrgangs 2015/16 des Korntaler Orientierungsjahres haben alle einen Ausbildungsvertrag oder einen Studienplatz. Während ihrer sozial-diakonischen Einsätze haben die Ojahrler beispielsweise neben der Arbeit mit Flüchtlingen beim Religionsunterricht an Schulen geholfen, Kinder- und Jugendwochen veranstaltet und Gebäude instand gesetzt. Erstmals ging der Auslandseinsatz nach Israel und ins Westjordanland. Rund 60 Prozent der Teilnehmer eines Jahrgangs sind „Third Culture Kids“, also Kinder, die ihre Schulzeit im Ausland verbracht haben, ihre Ausbildung aber in Deutschland fortsetzen möchten. Mehr unter www.orientierungsjahr.de

Weitere Informationen: Evangelische Brüdergemeinde Korntal, Manuel Liesenfeld, Leiter Kommunikation, Tel.: 0711/839877-21, E-Mail: mliesenfeld@diakonie-bgk.de

Kurznachrichten

Stuttgart. Das **Integrationsgesetz** und die damit verbundene Reform der **Integrationskursverordnung** ist nach Meinung der **Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit** (BAG EJSA) unzureichend. „Anstatt Sanktionen für angebliche Integrationsverweigerer zu beschließen, wäre es sinnvoller, sich zu überlegen, wie ein bedarfsorientiertes Integrationskursangebot aussehen könnte“, sagt Michael Fährdrich, Geschäftsführer der BAG EJSA. Notwendig wäre eine Flexibilisierung hinsichtlich der Stundenzahl und der zielgruppenadäquaten Ausgestaltung. Die Integrationskursverordnung eröffne hierzu keine neuen Spielräume. In der bisherigen Verordnung steht, dass der Bund ein flächendeckendes Angebot sicherstellt. „Doch leider sind wir davon zum Beispiel bei der sozialpädagogischen Begleitung noch weit entfernt. Der Ausbau der Integrationskurse und Teilnehmerplätze ist zu begrüßen. Aber selbstverständlich müssen nachfolgend auch die Ressourcen für die Jugendmigrationsdienste aufgestockt werden.“ Nur so könne gewährleistet werden, dass der Einsatz aus Steuermitteln sinnvoll, wirtschaftlich und vor allem nachhaltig erfolgt. „Für Jugendliche ist Sprache der Schlüssel für Bildung und Integration. Die Politik sollte sich überlegen, wie sie motivierte Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund während und auch im Anschluss an die Integrationskurse fördern möchte“, stellt Michael Fährdrich klar. „Wir als BAG EJSA stehen mit unserem Know-how von evangelischen Integrationskursträgern und evangelischen Jugendmigrationsdiensten für die Weiterentwicklung des Integrationsprogramms und für eine Mitarbeit in der Bewertungskommission der Integrationskurse zur Verfügung.“ Eine Kommentierung der Integrationskursverordnung auf der Website unter <http://www.bagejsa.de/handlungsfelder/jugendmigrationsarbeit/aktuelle-infos/>.

Ludwigsburg. In der Grünbühler Netzestraße gibt es ein **neues Second-Hand-Angebot der Karlshöhe und des Kreisdiakonieverbands Ludwigsburg**: Hab & Gut handelt auf 400 Quadratmetern für den guten Zweck mit gut erhaltenen Möbeln, die nach Absprache auch abgeholt werden können. Der Laden soll Anlaufpunkt für Menschen aus dem ganzen Landkreis sein. Einerseits für diejenigen, die ihre Möbel gerne spenden, aber vor allem für Menschen mit „schmalem Geldbeutel“ – in der aktuellen Situation gehören dazu vor allem auch Flüchtlinge – die sich hier dringend benötigte Möbelstücke leisten können. Hab & Gut ist jedoch für alle offen und der Einkauf erfordert keinen Ausweis. Flüchtlingen haben außerdem die Möglichkeit, sich im gesetzlichen Rahmen der „Arbeitsgelegenheit“ (AGH) im Laden zu betätigen. Inklusion und Integration können also ganz nebenbei einfließen. Der Laden soll zudem eine Bereicherung und ein Baustein zum lebenswerten Stadtteil Grünbühl sein. Das Ladenlokal gehört der Städtischen Wohnbau Ludwigsburg und war bis vor einigen Jahren durch einen Supermarkt genutzt worden. Jetzt hat sich ein sinnvoller Nachmieter gefunden, dem die Wohnungsbauer der Stadt auch bei der Miete entgegenkommen, da Karlshöhe und Kreisdiakonie einen Laden betreiben, der in Grünbühl einen optimalen Standort gefunden hat. pm

Ludwigsburg. Für berufserfahrene Gesundheits- und Krankenpflegerinnen sowie für Altenpfleger stehen ab dem Wintersemester 2016/17 dreißig Studienplätze **an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg** zur Verfügung. In sechs Semestern können examinierte Pflegekräfte berufsbegleitend den Titel „**Bachelor of Arts – Pflege**“ erwerben. Bewerbungen sind seit Juli und bis September 2016 möglich. pm

Korntal. Um die **Aufarbeitung der Geschichte der Kinderheime der Evangelischen Brüdergemeinde Korntal** wieder in Gang zu bringen, ist ein neuer Prozess gestartet. Prof. Dr. Elisabeth Rohr und Gerd Bauz (beide Frankfurt/Main) wurden auf Empfehlung des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Missbrauchs der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig (Berlin), von der Diakonie der Evangelischen Brüdergemeinde Korntal als Mediatoren gewonnen. Ihre Aufgabe ist es, in Einzelterminen mit den Sprechern der Beteiligten die Grundlagen für den neuen Prozess zu erarbeiten und diesen bis zu einem guten Abschluss zu moderieren. Das Ziel ist es, eine „Auftraggebergruppe“ aus betroffenen ehemaligen Heimkindern, ehemaligen Mitarbeitern sowie Vertretern der Brüdergemeinde zu bilden. Diese soll eine unabhängige Aufarbeitung durch eine externe Fachkraft veranlassen und begleiten. Die Konstituierung dieses Prozesses sollte Ende September abgeschlossen sein. pm

Herbrechtingen. Die erste Klasse der **Praxisintegrierten Ausbildung (PiA)** hat es geschafft: Nach drei Jahren Ausbildung an der **Evangelischen Fachschule für Sozialpädagogik Herbrechtingen**, kombiniert mit dem Praxiseinsatz in einer Kindertagesstätte, wurde nun der Abschluss als Erzieher mit staatlicher Anerkennung gefeiert. Im Unterschied zur klassischen Ausbildung haben PiA-Auszubildende einen festen Arbeitsplatz an einer Kita und bekommen eine Vergütung bezahlt. Was vor wenigen Jahren als Novum in Baden-Württemberg begann, hat sich zu einer etablierten, ergänzenden Form in der Erzieherausbildung entwickelt. Die klassische Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern beginnt nach der Realschule mit einem einjährigen Berufskolleg und zwei Jahren Fachschule. Nach einem anschließenden Berufspraktikum mit Vergütung wird die staatliche Anerkennung ausgesprochen. Dieser klassische Ausbildungsweg ist weiterhin sehr gefragt. Die Nachfrage reicht aber nicht aus, um den Bedarf an Fachkräften in der Bildung und Betreuung von Kleinkindern zu decken. Vor vier Jahren hat das Kultusministerium daher eine zusätzliche Form der Ausbildung ins Leben gerufen: die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA). Die PiA-Ausbildung wird vergütet und verläuft gleichmäßig über drei Jahre parallel an der Fachschule und in der Praxisstelle. Für die Schülerinnen und Schüler heißt das, dass sie in der Regel pro Woche an zwei Tagen in der Kindertagesstätte arbeiten und an drei Tagen zur Schule gehen. „Um den Praxisstellen entgegenzukommen, ist die PiA-Klasse im zweiten Jahr nur zwei Tage in der Woche an der Fachschule“, sagt Direktorin Beate Sorg-Pleitner zur Struktur der Ausbildung, „für den Einstieg im ersten Ausbildungsjahr und für die Prüfungsvorbereitungen im dritten Jahr ist ein weiterer Schultag pro Woche allerdings sehr wichtig.“ pm

Personalnachrichten

Andreas Maurer wird in der **Paulinenpflege** Nachfolger von Vorstand und Hauptgeschäftsführer Dr. Thomas Weinmann. Wenn Weinmann im Herbst 2017 nach 23 Jahren in den Ruhestand treten wird, folgt Andreas Maurer (56) ihm auf dem Chefsessel nach. Der Aufsichtsrat der Paulinenpflege unter dem Vorsitz von Dekan Traugott Mack wählte den gebürtigen Heilbronner. Andreas Maurer studierte evangelische Theologie in Tübingen und absolvierte zusätzlich einen Masterstudiengang in Sozialmanagement. Er besitzt umfangreiche Führungserfahrung und kennt die Paulinenpflege von innen. Von 1995 bis 1999 war er Pfarrer in Beirut im Libanon, danach zwölf Jahre lang Nahost-Referent des Evangelischen Missionswerks Südwestdeutschland (EMS) und gleichzeitig Geschäftsführer des Evangelischen Vereins für die Schneller-Schulen (EVS). 2011 wechselte Maurer als Assistent des Vorstands zur Paulinenpflege. 2013 wurde er zum Geschäftsführer für Marketing, Kommunikation und Entwicklung der diakonischen Einrichtung ernannt. Die Paulinenpflege Winnenden e.V. hat aktuell 1.400 Mitarbeitende. Ihre traditionellen Arbeitsfelder sind Jugendhilfe und Behindertenhilfe. Sie ist Trägerin des Berufsbildungswerks für Hörgeschädigte und sprachbehinderte junge Menschen in Winnenden. Seit der Jahrtausendwende hat die Paulinenpflege ihre Förderangebote für autistische Menschen stark erweitert.

Jutta Arndt ist **Vorstand des Vereins für internationale Jugendarbeit** (vij). In der Mitgliederversammlung des vij wurden sie und weitere Verwaltungsratsmitglieder in ihr Amt eingesetzt. Jutta Arndt wurde am 1. April 2016 zuerst ehrenamtlich, und ab 1. Juni 2016 hauptberuflich vom Verwaltungsrat als Vorstandsfrau in den vij berufen. Die studierte Sozialarbeiterin und Organisationsentwicklerin war, bevor sie die Verantwortung für den vij übernahm, als Fachbereichsleiterin Bildung, Familie, Kultur in der großen Kreisstadt Remseck am Neckar tätig. In den Verwaltungsrat des vij wurden drei neue Mitglieder zugewählt. Als Vorsitzende des Verwaltungsrates wurde **Brigitte Lösch** gewonnen. Die Sozialpädagogin ist seit 2001 Landtagsabgeordnete der Grünen und Vorsitzende des Ausschusses Kultus, Jugend und Sport. Sie ist Mitglied der Landessynode und seit drei Jahren Schirmherrin des FIZ. Hans-Joachim Janus, Pfarrer, ist Leiter des Referats Werke und Dienste beim Oberkirchenrat. Patrick Osing, Sozialpädagoge und Betriebswirt, ist seit drei Jahren im Diakonischen Werk Württemberg in der Abteilung Fonds- und Risikomanagement tätig. Ab 1. Juli wechselt er in die Abteilung Wirtschaftsberatung und Vergütungsverhandlungen. Der Verein für internationale Jugendarbeit mit Sitz in Stuttgart ist einer der ältesten Frauenvereine in der Landeskirche Württemberg. Gegründet 1882, trägt er bis heute Verantwortung für Frauen in Not, berät und begleitet sie in schwierigen Situationen. Mit Fachdiensten wie dem Zentrum für Integration, dem Fraueninformationszentrum (FIZ), dem Beratungs- und Vermittlungsdienst für Haushaltshilfen FairCare, dem Club International und der Trägerschaft der Bahnhofsmisionen in Württemberg hält er ein breites Angebot für Integration und Teilhabe bereit. Er ist Mitglied im Diakonischen Werk Württemberg. pm

Elke Reinfeld ist neue Pflegedirektorin am Diakonie-Klinikum Stuttgart.

Sie hat das Amt am 1. Juli 2016 übernommen. Als Pflegedirektorin ist sie Mitglied der Krankenhausleitung und verantwortlich für die etwa 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Pflegedienst. Die Diplom-Pflegewirtin (FH) war zuvor Pflegedirektorin im Diakoniekrankenhaus Friederikenstift Hannover. Der Pflegedienst hat traditionell einen hohen Stellenwert im Diakonie-Klinikum Stuttgart. Elke Reinfeld (56) wurde 1960 in Dissen im Landkreis Osnabrück geboren. Nach einer Krankenpflegeausbildung studierte sie berufsbegleitend Pflegemanagement und schloss als Diplom-Pflegewirtin (FH) ab. Nach dem Studium übernahm sie die Pflegedienstleitung im Diakoniekrankenhaus Friederikenstift in Hannover. Seit 2003 war sie dort Pflegedirektorin und Oberin der großen Diakonieschwesternschaft. In dieser Funktion war sie auch verantwortlich für die Gesundheits- und Krankenpflegeschule. Sie war ehrenamtliches Mitglied in verschiedenen kirchlichen und diakonischen Gremien, beispielsweise Aufsichtsrätin im Diakonischen Werk Niedersachsen. pm

Dieter Messner, langjähriger Vorsteher des Werks der Evangelischen Brüdergemeinde Korntal, ehemaliger Notar von Korntal, ist nach langer, schwerer Krankheit im Alter von 69 Jahren verstorben.

Klaus Andersen, Nachfolger im Amt des Vorstehers, reagierte „in tiefer Betroffenheit und schmerzhafter Trauer“ auf diese Nachricht: „Dieter Messner war ein Visionär mit langem Atem, der seine Ziele kreativ verfolgte und Menschen überzeugend gewinnen konnte. Wir verlieren einen brillanten Netzwerker für unser Werk und einen intimen Kenner der pietistisch-kirchlichen Szene. Dieter Messner hat aus seiner Kenntnis der Brüdergemeinde-Geschichte heraus einen verantwortlichen Blick in Gegenwart und Zukunft entwickelt. Durch die enge Zusammenarbeit mit der Stadt hat er das Brüdergemeinde-Werk fest im Gemeinwesen verankert. Persönlich verliere ich als sein Nachfolger einen engen Glaubensbruder und konstruktiven Berater.“ pm